

Konflikte im Alltag klar geregelt

Erste Integrationsvereinbarung einer Stadt in der Bundesrepublik



Besonders der jungen Generation soll die Vereinbarung in Recklinghausen helfen, den Weg in die Mitte der Gesellschaft zu finden.

—FOTO: DDP

Neue Offensive in Vorbereitung

Stadt und Politik sind sich des sozialen Zündstoffs sehr wohl bewusst, der im Thema Integration steckt. Deshalb arbeitet die Sozialverwaltung bereits auf Antrag der Koalition an einer neuen „Integrations-Offensive“. Derzeit ist die Verwaltung dabei, den Ist-Zustand festzustellen. Ei-

ne Zwischenbilanz soll zeigen: Wo steht die Stadt mit ihren Integrationsbemühungen und wo sind die gravierenden Defizite. Alle Handlungsfelder der städtischen Fachbereiche werden dabei auf den Prüfstand gestellt, um integrationshemmende Faktoren zu identifizieren. Auf dieser Basis wird der Sozialausschuss dann ein neues Konzept verabschieden.

RECKLINGHAUSEN. (alp) Die einen halten sie für einen Meilenstein – Papier ist geduldig, sagen die anderen. Tatsache ist, dass die Integrationsvereinbarung, die jetzt von allen Migranten-Vereinen und -Religionsgemeinschaften unterzeichnet wurde, der erste gültige Vertrag seiner Art einer Stadt in der Bundesrepublik ist.

Auf sein Zustandekommen darf das Integrationsbüro der Stadt zurecht stolz sein. Denn im Vorfeld gab es zu den strittigen Fragen – das wurde jetzt im Sozialausschuss deutlich – ebenso viele Meinungen wie es Migranten-Organisationen in der Stadt gibt (weit über 30). Eineinhalb Jahre und rund 70 Konferenzen (15 allein nur mit Frauen) hat es gedauert, eine gemeinsame Linie zu finden, die nun auch tatsächlich per Unterschrift von allen (!) Migrantenvertretern mitgetragen wird.

Oberstes Ziel der Vereinbarung ist es, die Lebens-, Bildungs- und Berufschancen vor allem der jungen Generation entscheidend zu verbessern und damit den sozialen Sprengstoff der kommenden Jahre zu entschärfen. Applaus dafür von allen Seiten, bis auf die WIR. Ihr Vertreter Georg Schliehe findet, dass die Ver-

einbarung dem Problem nicht gerecht wird: „So einfach geht das nicht. Die Verhältnisse sind viel dramatischer, als es der Vertrag glauben macht.“

De facto ist es so, dass der Vertrag den Alltag in Konfliktsituationen ganz klar und nachprüfbar regelt. Darin ist beispielsweise verbindlich geregelt, dass sich die Migranten – auch in den Kulturvereinen und im Elternhaus – aktiv in die Sprachförderung einbringen, dass alle Mädchen und Jungen in der Schule am Schwimm- und Sportunterricht teilnehmen werden, die Teilnahme an Klassenfahrten für alle Kinder verbindlich ist, die Schüler im Rahmen des Unterrichts gemeinsam Kirchen, Moscheen und Synagogen besuchen werden, die Migranten-Vereine sich auf vielen Ebenen öffnen und in das gesellschaftliche Leben der Stadt einbringen werden....

Nichts in der Vereinbarung ist schwammig formuliert, es sollen keine Lippenbekenntnisse bleiben: „Wenn etwas im Alltag nicht funktioniert, können wir uns direkt wieder an einen Tisch setzen und auf die unterschriebene Vereinbarung verweisen. Und das werden wir auch tun“, meinte Sozialdezernent Georg Möllers.